

Akademie der
Toblacher Gespräche

Accademia dei
Colloqui di Dobbiaco



Marica Di Pierri

Raus aus den fossilen Brennstoffen
Bürgerbewegungen gegen Kohle, Gas und Öl

Toblacher Gespräche 2018 | 28.09. – 30.09.2018

Wo bleibt das solare Zeitalter? Von den Hindernissen und Aussichten der Energiewende

Raus aus den fossilen Brennstoffen. Bürgerbewegungen gegen Kohle, Gas und Öl

Die globale Umweltkrise stellt das noch vorherrschende lineare (auf Ressourcenabbau, Produktion, Konsum und Entsorgung aufbauende) Wirtschaftsmodell in Frage, und das **Energiemodell** spielt dabei eine entscheidende Rolle. Noch immer stützt sich die Energieproduktion in erster Linie auf **fossile Brennstoffe**, und dieses Modell ist auf systemischer Ebene wie auch in den staatlichen und lokalen politischen Vorgaben zu überdenken. Wir wissen, dass Energieproduktion zu den Hauptursachen des weltweiten **Klimawandels** zählt und massive Auswirkungen auf die Umwelt, die soziale und medizinische Situation, die Wirtschaft und die Politik jener Gebiete hat, in denen diese Energieträger abgebaut, verarbeitet, transportiert oder entsorgt werden. In der Folge haben sich weltweit **Gruppierungen gebildet, die gegen dieses Modell Widerstand leisten** und mutig gegen die Interessen der in diesem Bereich tätigen Großkonzerne auftreten – Großkonzerne, die dank ihrer Lobbytätigkeit allzu oft aktiv an der Ausrichtung und Ausarbeitung der Energiestrategien ganzer Staaten beteiligt sind. Bergwerke, Kraftwerke, On- und Off-Shore-Förderanlagen, große Energieinfrastrukturen, Raffinerien und Lagerstätten stehen inzwischen vielerorts im Mittelpunkt heftiger sozialer Auseinandersetzungen, und immer mehr lokale Gemeinschaften schließen sich zusammen, um ihre Rechte einzufordern: das Recht auf eine intakte Umwelt, auf Gesundheit, auf die Beteiligung an Entscheidungsprozessen über die eigenen Lebensgrundlagen, und damit ganz allgemein das Recht auf Leben.

SOZIALE KONFLIKTE IM KAMPF UM UMWELTGERECHTIGKEIT

Seit geraumer Zeit spricht man im Zusammenhang mit diesen Konflikten und den damit verbundenen Forderungen von **Umweltgerechtigkeit**. Die umweltbezogenen Risikofaktoren gelten als grundlegende Bestandteile der sozialen Gerechtigkeit und entfallen dadurch in den Bereich der Menschenrechte. Unter Verweis auf Umweltgerechtigkeit fordern Gemeinschaften heute immer stärker den Schutz vor den negativen Folgen von Produktionstätigkeiten und eine gerechte Verteilung der Gewinne aus der Nutzung von Naturressourcen. Dadurch entsteht Widerstand gegen die gebetsmühlenartig wiederholte *vermeintliche Unvermeidlichkeit*, wonach gewisse Volksgruppen und Lebensgrundlagen einfach deshalb zu opfern seien, weil sie sich dort befinden, wo für die Produktion wertvolle Ressourcen liegen. Dabei werden nur die Umweltkosten auf die Allgemeinheit verteilt, während die Gewinne privaten Konzernen vorbehalten sind. Die Analyse der Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge von Umweltkonflikten, die in der Fachliteratur als Auseinandersetzungen zwischen zwei oder mehreren Gruppen definiert werden, deren Interessen im Umgang mit einem bestimmten Gebiet und den dort vorhandenen Ressourcen unterschiedlich gelagert sind, hat gezeigt, dass es sich bei diesen Konflikten sowohl um ein punktuelles Symptom nicht nachhaltiger Produktions- und Abbausysteme handelt, als auch um konkrete Praxisbeispiele der Bürgerbeteiligung. Daraus wird wiederum ersichtlich, dass diese Konflikte immer aus dem

Fehlen effektiver Beteiligungsinstrumente entstehen. Mit anderen Worten wurzelt jeder Konflikt im Mangel an Demokratie.

EINIGE FALLBEISPIELE

Widerstände gegen Energieprojekte mit fossilen Brennstoffen haben weltweit Konfliktherde entfacht; immer wieder wird Kritik an dem auch im 21. Jahrhundert noch vorherrschenden Modell der Energieproduktion laut, und einige dieser Widerstandsbewegungen wurden zu einem Symbol für den weltweiten Kampf um Umwelt- und Klimagerechtigkeit.

DAS BEISPIEL ECUADOR

In Ecuador kämpfen indigene Völker - ebenso wie im gesamten Amazonasgebiet - seit Jahrzehnten gegen die unzähligen dort angesiedelten Förderprojekte. Zu trauriger Berühmtheit gelangte der Fall Texaco: Dieser Erdölkonzern hat im Rahmen seiner Erdöl-Förderung weite Gebiete des ecuadorianischen Amazonasregenwaldes durch austretendes Erdöl vergiftet und stand im Mittelpunkt heftiger sozialer und gerichtlicher Auseinandersetzungen. Erst kürzlich entstand ein neuer Konfliktherd gegen die Erweiterung des von Eni (Agip Oil) in Ecuador betriebenen Blocks 10, der sich zum Teil über das jahrtausendealte Siedlungsgebiet der Kichwa, Sapara, Sarayaku, Shuar und Achuar erstreckt.

DAS NIGER-DELTA

Ein weiteres typisches Beispiel ist das Niger-Delta in Nigeria, mit seinen rund 30 Millionen Einwohnern eines der am dichtesten besiedelten Gebiete Afrikas. Die seit über 60 Jahren andauernden Erdölförderungen haben diese Region völlig zerstört, während die wichtigsten Erdölkonzerne enorme Gewinne erzielt haben und weiterhin erzielen. Einmal mehr trägt der italienische Konzern Eni – über seine Tochtergesellschaft NAOC, Nigerian Agip Oil Company - entscheidend zu diesen Umweltzerstörungen bei. Zum ersten Mal ist derzeit beim Mailänder Gericht ein Zivilprozess gegen Eni und die vom Konzern verursachten Umweltzerstörungen im Gebiet der Ikebiri in Nigeria anhängig, ein Präzedenzfall, dessen Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, gerade wenn man bedenkt, wie schwierig die Suche nach wirksamen Instrumenten zum Nachweis der Verantwortung von Unternehmen ist.

DIE NORDAMERIKANISCHEN BÜRGERBEWEGUNGEN GEGEN FRACKING UND OIL SANDS

Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Kanada haben sich in den letzten Jahren sehr aktive Bürgerbewegungen gegen unkonventionelle Fördertechniken entwickelt, allen voran gegen zwei besonders umweltschädliche Fördertechniken: Fracking (d.h. die Förderung von Erdöl und Erdgas aus Schiefergestein durch hydraulische Frakturierung) und Ölsand (die Bitumenextraktion aus Sand). Das Fracking benötigt enorme Wassermengen (zwischen 9.000 und 29.000 Kubikmeter pro Jahr für jeden Förderschacht) und rund 260 chemische Substanzen, die eine Gefahr für das Grundwasser darstellen. Nur 80% der eingepumpten Flüssigkeit gelangen an die Oberfläche, und Studien zufolge scheint es einen Zusammenhang zwischen Fracking und

Erdbeben zu geben. Der Beitrag von Erdöl- und Erdgas zu den CO₂-Emissionen ist mit jenem von Kohle vergleichbar. Gerade Ölsand zählt aufgrund des dafür notwendigen massiven Wasser- und Energieaufwandes, der hohen Emissionswerte und der weiträumigen Abholzung von Wäldern für den Tagebau zu den umweltschädlichsten Förderpraktiken.

In den USA und in Kanada sind nun Bürgerbewegungen gegen diese Umweltschäden entstanden. Die No-Fracking-way-Bewegung z.B. ist inzwischen in fast allen amerikanischen Staaten aktiv, und in Kanada, wo derzeit rund 20 Unternehmen in der Bitumenindustrie tätig sind, allen voran Syncrude und Suncor, gibt es starke meinungsbildende Bewegungen gegen den weiteren Ausbau der Förderungen. Die größten Ölsand-Vorkommen liegen in der Provinz Alberta im Westen Kanadas und in Venezuela, kleinere Lagerstätten gibt es außerdem in Russland, Kasachstan, Kongo, Madagaskar und in den USA.

Von großer Bedeutung ist auch die amerikanische Widerstandsbewegung gegen Energieinfrastrukturen wie z.B. die XL-Keystone-Pipeline und den Dakota Access. Bei ersterer handelt es sich um ein riesiges Infrastrukturprojekt zur Anbindung der kanadischen Förderstätten an die in den amerikanischen Südstaaten gelegenen Raffinerien durch eine einzige Pipeline, die auf einer Länge von 1.897 km von Hardisty in der Provinz Alberta nach Steele City im amerikanischen Bundesstaat Nebraska reichen soll; dort würde der Anschluss an die bereits bestehende Pipeline erfolgen, die zu den Raffinerien in Texas führt. Die Kosten dieses Projektes werden auf 5,3 Milliarden Dollar geschätzt. Die Dakota Access Pipeline ist eine unterirdische Erdölpipeline für den Rohöltransport von der Grenze zwischen Montana und North Dakota – zwei Grenzstaaten zu Kanada – durch South Dakota und Iowa bis nach Illinois. Dieses 3,7 Milliarden Dollar teure Projekt war von massiven Protesten begleitet, insbesondere von den amerikanischen Sioux-Indianern, die in North Dakota im Standing-Rock-Reservat leben. Die Obama-Regierung hatte in Folge der heftigen Widerstände und im Rahmen seiner Klimaschutzpolitik das erste Erweiterungsprojekt gestoppt und die Betreiber aufgefordert, einen alternativen Streckenverlauf abseits der Indianer-Siedlungsgebiete zu suchen. Im Januar 2017 hat allerdings der neue amerikanische Präsident Trump kurz nach seiner Amtseinführung eine Reaktivierung der Projekte verfügt. Ein gewaltiges Leck an der XL Keystone Pipeline in Süd-Dakota im November desselben Jahres – mit rund 800.000 Liter ausgetretenem Erdöl – hat die Proteste wieder angefacht, und angesichts der bevorstehenden Wiederaufnahme der Erweiterungsarbeiten haben die Indianer Nordamerikas einen Gerichtsprozess gegen das Projekt angestrengt.

FÜR EIN CO₂-ARMES EUROPA

Auch in Europa regt sich derzeit viel Widerstand gegen umweltschädliche Energieprojekte, von der deutschen Protestaktion „Ende Gelände“ mit u.a. der Besetzung von Kohlebergwerken über Protestbewegungen gegen Kohleabbau in Polen und in der Tschechischen Republik bis hin zu in ganz Europa und insbesondere im Mittelmeerraum aktiven Bürgerkomitees gegen Erdölförderung. Auch in einer britischen Bürgerbewegungen gegen Fracking setzen sich immer mehr Menschen für eine echte Energiewende im Sinne nachhaltiger, dezentralisierter Energiepolitik ein.

DIE AKTUELLEN KONFLIKTHERDE IN ITALIEN

In Italien ist der Widerstand gegen Förderstätten, Erdölkonzerne und Energieinfrastrukturen besonders aktiv. Ein Blick auf den *Atlante Italiano dei Conflitti* zeigt, wo diese Konflikte derzeit stattfinden: Von der Basilikata, wo sich seit zwanzig Jahren das größte, von Agip betriebene Vorkommen Kontinentaleuropas befindet, hin zu zahlreichen Off-Shore-Förderanlagen, deren Anzahl in den letzten Jahren stark gestiegen ist. Zu den 30.000 Quadrat-Kilometern neuen Off-Shore-Förderanlagen allein in der Adria kommt die Erdölförderung im Kanal von Sizilien und einigen Gebieten des Ionischen Meeres hinzu.

Neben Erdöl- und Erdgasförderanlagen findet man über das gesamte Staatsgebiet verteilt auch eine Reihe von Kohlekraftwerken, darunter das berühmt-berüchtigte Enel-Kraftwerk von Civitavecchia, das europaweit zu den umweltschädlichsten zählt und trotzdem noch immer in Betrieb ist. Und schließlich gibt es eine Reihe dringend sanierungsbedürftiger Standorte, die durch Infrastrukturen der Erdölindustrie stark verschmutzt wurden und auffallend hohe Inzidenzwerte für bestimmte Erkrankungen aufweisen: Porto Marghera, Mantua, Brindisi, Taranto, Priolo oder Gela sind nur einige der zahlreichen Beispiele. Auch hier haben sich – zum Teil bereits vor Jahren – Bürgerkomitees und –bewegungen gebildet, die die Einhaltung der Umwelt- und Gesundheitsschutzbestimmungen fordern.

Das Paradebeispiel für den Kampf gegen Umweltverschmutzung in Italien ist aber der Widerstand gegen Energieinfrastrukturen wie Mega-Stromleitungen, Methangasleitungen und Erdölpipelines, die immer wieder im Kreuzfeuer der Kritik stehen. Am aktuellsten und wohl auch eklatantesten ist das Beispiel der Trans Adriatic Pipeline TAP, wodurch Erdgas aus Azerbaijan in die süditalienische Halbinsel Salento befördert werden soll. Die Positionen sind verhärtet: Auf der einen Seite die gesamte lokale Bevölkerung und rund 40 Gemeinden des Salento, einer bisher unberührten Region mit stark touristischer und gastronomischer Prägung, die ihr Recht auf Beteiligung und Schutz der Region einfordern; auf der anderen Seite die Befürworter dieses Projektes mit ihrem immer wieder vorgebrachten Verweis auf das Staatsinteresse, die Wettbewerbsfähigkeit und die zukünftigen positiven Auswirkungen auf das italienische BIP. Sie sind überzeugt, dass Italien zu einem europaweit führenden Knotenpunkt im Erdgassektor werden könnte. Die No-Tap-Bewegung setzt sich für den Schutz der Umwelt und die Wahrung der Rechte der hier ansässigen Bevölkerung ein; schließlich handelt es sich um ein außerordentlich wertvolles Natur- und Landschaftserbe, und der Bau dieser Energieinfrastruktur hätte massive Auswirkungen auf Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft.

FALSCHES BOTSCHAFTEN

EIN SAUBERES, DEZENTRALISIERTES ENERGIEMODELL WÄRE BEREITS HEUTE MÖGLICH
Medien und Politiker stempeln seit Jahren die im Bereich der Umweltgerechtigkeit tätigen Bewegungen als ewige Nein-Sager ab. Dabei üben diese Bewegungen konstruktive, auf vielen

konkreten Vorschlägen aufbauende Kritik und sprechen sich für einen entschlossenen Übergang zu einem dezentralisierten Energiemodell mit erneuerbaren Energieträgern ebenso aus wie für eine ökologische Wende im Wirtschaftssystem, für nachhaltige Mobilität, ökologische Landwirtschaft und kritischen Konsum.

Tatsache ist, dass es kein Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell geben kann, das Kreislaufwirtschaft und ein auf fossilen Energieträgern und Beton aufbauendes Wirtschaftssystem vereint. Es ist falsch und gefährlich zu glauben, Konsum einerseits und Recycling und Einsparungen andererseits könnten nebeneinander bestehen. Nicht nur bei der Definition von energiepolitischen Maßnahmen gilt zu bedenken, dass der Gesamtwert der CO₂-Emissionen unter 565 Milliarden Tonnen liegen muss, um die 2-Grad-Grenze nicht zu überschreiten. Würde die gesamte derzeit bekannte Menge an fossilen Brennstoffen genutzt, ergäbe dies einen Emissionswert von mehr als 2.795 Milliarden Tonnen. Deshalb ist es paradox zu glauben, man könne erneuerbare Energieträger fördern und gleichzeitig in die Nutzung fossiler Brennstoffe investieren. Aus Studien wissen wir, dass innerhalb 2050 nicht weniger als 139 Staaten weltweit sehr wohl in der Lage wären, ihren gesamten Energiekonsum durch erneuerbare Energieträger abzudecken.

Ein konkretes Beispiel für die sofortige Umsetzbarkeit eines nachhaltigen Energiemodells wird in einer Studie der Universitäten Stanford und Berkeley beschrieben. Eine multidisziplinäre Forschergruppe hat die Machbarkeit eines Modells untersucht, wonach der gesamte End-Energiekonsum für Verkehr, Wirtschaftstätigkeiten und Wohnen durch erneuerbare Energieträger abgedeckt wird, und die entsprechenden sozialen und Umweltfolgen berechnet. Durch die Nutzung von Sonne, Wasser und Wind – nicht aber Biomasse! – ließe sich bis 2050 die gesamte Energieversorgung mit erneuerbaren Energieträgern abdecken. Dadurch würde ein Großteil der externen Effekte wegfallen, es könnten rund 46.000 durch Luftverschmutzung verursachte vorzeitige Todesfälle verhindert werden (was mit jährlichen Einsparungen von über 600 Milliarden Dollar verbunden wäre), die klimaschädigenden Emissionen würden gesenkt (die entsprechenden Einsparungen werden auf 3.300 Milliarden Dollar geschätzt), die Energiekosten würden sinken (mit Einsparungen von jährlich 260 Dollar pro Person) und auch im Gesundheitswesen könnten jährlich 1.500 Dollar pro Kopf eingespart werden. Darüber hinaus könnten durch ein solches Energiemodell über einen Zeitraum von 40 Jahren 3,9 Millionen neue Arbeitsplätze und 2 Millionen Arbeitsplätze für Wartungstätigkeiten geschaffen werden, während gleichzeitig 3,9 Millionen Arbeitsplätze durch den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen verloren gingen.

Abschließen möchte ich mit der Metapher eines Flusses: Dem vorherrschenden kapitalistischen Modell steht am anderen Flussufer ein auf Energiesparen, Wiederverwertung sowie Umwelt- und Landschaftsschutz aufbauendes Wirtschaftsmodell gegenüber. Unsere Aufgabe ist es, eine Brücke über diesen Fluss zu bauen, da es nicht gelingen wird, durch viele kleine Stege die Umwelt-, Klima- und Wirtschaftsprobleme zu lösen. Die zentrale Frage ist nun, WIE dieser Übergang gelingen kann, nicht OB er notwendig ist. Lösungen dafür gäbe es bereits – es braucht nur den politischen Willen, sie auch umzusetzen.